

## Warnsignal Hamburg

Die Wahl in Hamburg am 23. September hatte zwei herausragende Ergebnisse. In der traditionellen Hochburg von SPD und Grünen wurde der rot-grüne Senat abgewählt. Eine Ad-hoc- und Ein-Themen-Partei, die „Rechtsstaatliche Offensive“ des Amtsrichters Ronald Schill, kam bei gesteigerter Wahlbeteiligung auf 19,4 Prozent, also auf fast ein Fünftel aller abgegebenen Stimmen.

Die Stabilisierung der SPD und die bürgerliche Koalition unter CDU-Führung sind keine mit bitterem Beigeschmack verbundenen Siege für die Volksparteien. Sie sind in Wirklichkeit deutliche Warnsignale. Die SPD ist in Hamburg auch mit einem kleineren Koalitionspartner nicht mehr mehrheitsfähig. Die CDU muss nach ihren Verlusten von über vier Prozent befürchten, dass eine erfolgreiche Partei rechts von ihr das Fundament der Volkspartei brüchig werden lässt. Es ist sicherlich

richtig, dass in einem Stadtstaat ein Wahlergebnis wesentlich lokal begründet ist. Die CDU hat es nicht vermocht, mit Autorität und Profil auf das Sicherheitsbedürfnis der Menschen kompetent einzugehen und so ein ur-eigenes Thema zu besetzen.

Aber: Hinweise auf bundespolitische Auswirkungen sind ernst zu nehmen. Mit dem Hamburger Ergebnis und den Konsequenzen der Terroranschläge gegen Amerika ist endgültig die Leichtigkeit des rot-grünen Projekts zu Grabe getragen worden. Die Gewährleistung innerer und äußerer Sicherheit als prioritäre Aufgabe der Politik lässt sich nicht mehr hinter einer Nebelwand schöner Reden und guter Absichten verstecken. Dies trifft den kleineren Koalitionspartner ins Mark. Die Grünen können nicht mehr realistisch in Aussicht stellen, als Mehrheitsbeschaffer genügend Wähler auf die Waagschale zu bringen.

Die Union ihrerseits kann nicht mehr darauf

vertrauen, dass ihr die Stammwähler treu bleiben, geschweige denn, dass einstige Wähler fast selbstverständlich zu ihr zurückkehren. Dies geschieht dann nicht, wenn ihr Profil als undeutlich und ihre Kompetenzen als unzureichend angesehen werden. Hamburg hat jedoch keine zwingende Aussagekraft für künftige Entwicklungen. Es ist kein Blick auf „die Abkehr der Bürger von herkömmlichen Blockparteien“, wie ein besonders kluger Kopf unter den Analysten der Bürgerschaftswahl gemeint hat. Dies sind feuilletonistische Kopfgeburten.

Hamburg ist aber schon ein Hinweis darauf, dass sich die Union ihrer eigenen wertkonservativen und staatsbetonten Grundierung bewusst bleiben muss, wenn sie ihre strukturelle Mehrheitsfähigkeit erhalten will. Und es ist ein Hinweis, dass eigenes Wählerpotenzial und die Konstellation auf Seiten der Regierungsparteien jede Anstrengung für die kommende Bundestagswahl lohnen.